

Der Bürgermeister verwies zunächst darauf, dass der zufassende Beschluss um einen Punkt erweitert werden soll. Dieser Vorschlag ist als Tischvorlage verteilt worden.

Herr Waldästl teilte mit, dass er an der Beratung und Abstimmung zu diesem TOP nicht teilnehmen werde, da hier die Belange der RSAG betroffen und er in verschiedenen Gremien der RSAG vertreten sei.

Herr Knülle teilte mit, dass seine Fraktion dem zusätzlich vorgelegten Beschluss so zustimmen werde.

Herr Metz teilte mit, dass hier ein Wechsel in der Perspektive für das Deponiegelände – Wechsel vom Gedanken eine Deponie zu haben, die ausschließlich rekultiviert wird und wieder für eine andere Nutzung vorgesehen ist bis hin zur Ansiedlung einer Betriebsstätte. Dieser Standort ist grundsätzlich für eine derartige Nutzung geeignet. Die Deponienutzung in diesem Gelände muss aber so gewandelt werden, dass die Nutzung zum Wohle der Menschen, der Stadt und der Natur erfolgen muss (Freizeitgestaltung, Naturschutz und Biotopvernetzung ist einzubeziehen). Ferner sollen die Bürger und die Naturschutzverbände bei der Erstellung dieses Konzeptes miteinbezogen werden. Am Ende muss dann eine verbindliche Vereinbarung bestehen, was mit diesem Gelände weiter passieren kann. Daher müssen das B-Planverfahren und das zu erarbeitende Konzept bestmöglich koordiniert werden. Abschließend teilte Herr Metz mit, dass seine Fraktion dem Vorschlag zustimmen werde.

Herr Köhler führte aus, dass aufgrund der mündlichen Zusagen der RSAG in der Sondersitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses am 9.12.2014 ein erster Schritt erreicht worden sei. Es ist aber die Aufgabe, ein noch höheres Maß an Verbindlichkeiten seitens der RSAG zu erhalten. Daher werde seine Fraktion allen drei Punkten dieses Beschlussvorschlages zustimmen.

Frau Jung teilte mit, dass auch die FDP-Fraktion dem so zustimmen werde.

Für die CDU-Fraktion teilte Herr Puffe mit, dass aufgrund der Beratung im Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss und der daraus erfolgten Tischvorlage zu Ergänzung dieses Beschlusses die Fraktion dem so zustimmen werde.

Frau Bergmann-Gries regte an, dass die Bürger und Bürgerinnen von Niederpleis zügig über das weitere Verfahren informiert werden sollen.

Dann fasste der Rat folgenden Beschluss: